Erscheint wöchentlich 4 Mal: **Dienstag und Freitag früh, Mittwoch und Sonnabend Mittag.** Pränumerations-Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.

Insertionen werden bis **Montag und Donnerstag Abends** 5 **Uhr, Mittwoch und Sonnabend bis Vormittags** 10 **Uhr** in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 111. Mittwoch, den 17. Juli. 1867

Preußische Sieges-Chronik 1866.

(Fortsetzung)

18. Juli: (Abends): Das königliche Hauptquartier nach Nicolsburg (dicht an der Grenze von Mähren südlich von Brünn; 2 Meilen westlich von Lundenburg und 12 Meilen von Wien entfernt) verlegt.

(Fortsetzung folgt.)

An die Entschiedenen.

Die „Bresl. Ztg.“ bringt folgenden Artikel: Die „Entschiedenen“ verhalten sich jetzt den Wahlcandidaten gegenüber gerade so, wie bei der Berathung der Reichsverfassung, trotzdem, daß es bei aller Welt und auch bei ihnen feststand, daß die Reichsverfassung angenommen werden würde. Jeder Wähler im Lande konnte es sich aus dem Verzeichniß der Fractionen des Reichstages nachrechnen, daß die Regierung es in der Hand hatte, die Verfassung sogar unverändert in der Fassung der Regierungsvorlage durchzusetzen, auch wenn sämmtliche preuß. National-Liberalen, ebenso wie die Linke gegen die ganze Verfassung gestimmt hätten — trotzdem wiesen sie tagtäglich nach, daß diese Verfassung die Freiheit volständig zu Grabe trage und daß nach ihrer Einführung gar keine Aussicht auf eine verfassungsmäßige Fortentwickelung sei: obgleich sie wußten, daß die Bundesverfassung das Gesetz werden würde, auf dessen Boden auch sie verpflichtet sein würden, vergingen sie sich in so kühnen Interpretationen der einzelnen Artikel, wie sie selbst die vorgeschritten-Conservativen nicht würden versucht haben — blos um nur ganz gründlich den Beweis zuf ühren, daß die Freiheit wirklich zu Grabe getragen. Jetzt mit einem Mal schien es, als wenn die preußische Verfassung ein wahrer Hort der Freiheit wäre! Nicht anders machen es die „Entschiedenen“ jetzt bei den Wahlen. Tagtäglich werden Bannflüche gegen die National-Liberalen geschlendert, sie werden als Renegaten und Verräther gebrandmarkt; sie dürfen unter keinen Umständen gewählt werden 2c. 2c. Gleichwohl wissen die Herren, die sich als die alleinigen Hüter der Volksfreiheit betrachten, sehr gut, daß sie selbst in den allermeisten Wahlkreisen des Landes durchaus nicht im Stande sind, einen der Ihrigen durchzusetzen; sie wissen sehr wohl, daß sie einem National-Liberalen oder gar einem Altliberalen die Stimme werden geben müssen, wenn sie überhaupt noch den Anspruch darauf machen wollen, liberal zu sein und nicht durch Wahlenthaltung oder gar Beförderung der conservativen Candidatur das Gegentheil von dem werden wollen, was sie zu sein behaupten. Wohl kein Blatt in Preußen ist so heftig gegen das national-liberale „Narrenthum“ (und wie die schönen Titelchen noch alle heißen), aufgetreten, als die „Volkszeitung“; und nun? was ist das Ende vom Liede? „Ob Jemand“, sagt die „Volkszeitung.“, „für oder gegen die norddeutsche Reichsverfassung gestimmt hat, das allein wird noch kein Maßstab für dessen politischen Charakter geben.“ Und weiter sagt dasselbe Blatt: „Wir halten es für einen Fehler, wenn man einem Manne wie Lette, der niemals zur Fortschrittspartei gehört hat, aber fern von jeder gouvernementalen Liebäugelei den liberalen Grundsätzen in guten und schlechten Zeiten treu geblieben ist, einen Fortschrittscandidaten entgegenstellt und eine Zersplitterung der liberalen Stimmen herbeiführt, die sehr wahrscheinlich die Wahl eines Conservativen begünstigt. — Desgleichen ist uns ein Mann, wie Graf Schwerin, der offenherzig un freimüthig die großen Mängel der Reichsverfassung anerkennt und dessen Verhalten durch die zwanzig Jahre seiner parlamentarischen Thätigkeit eine Bürgschaft ist, daß er nicht nach Gouvernementalität schmachtet, durchaus nicht ein Candidat, vor dem wir warnen.“ Ferner verlangt die „Volkszeitung“ daß man auch die Wahl solcher Männer wie Forckenbeck und seines Gleichen nicht bekämpfen dürfe — nur von Twesten, Lasker, Michaelis u. s. w. will sie nichts wissen. Das verstehe, wer verstehen kann! Die „Bresl. Ztg.“, ein Organ der Fortschrittspartei, weist wiederholt auf die Nothwendigkeit hin, daß die liberalen Parteien bei den Wahlen zusammenstehen und sie erklärt es für eine Anmaßung, daß einige Herren in Berlin das Recht für sich in Anspruch nehmen, der Partei ihre Wege vorzuschreiben. „Daß — sagt sie in einem Artikel, der diese Frage behandelt — nach diesem Maße gemessen, von unseren beiden Reichstagsabgeordneten der Eine, Herr Bouneß (der gegen die Verfassung gestimmt), zu den Schwankenden gehört, ist eine so selbstverständliche Sache, daß es nicht der Mühe lohnt, noch ein Wort darüber zu verlieren. Zwar wir Jeder, der die Breslauer Verhältnisse kennt, ein Lächeln dabei nicht unterdrücken können jedoch stat pro ratione voluntas, d. h. die Parole ist maßgebend. Zwar hat Simon seit dem Jahre 1848, also ziemlich zwei Jahrzehnte hindurch, mit seltener Consequenz für die Verwirklichung der liberalen Ideen gewirkt; zwar war er es vorzugsweise, welcher der Fortschrittspartei in Breslau die Bedeutung gab, die sie zur herrschenden erhob; zwar hat derselbe Opfer nach allen Richtungen gebracht — aber wer wird denn auf solche Dinge noch irgend ein Gewicht legen? Kaum getrauen wir auf Twesten hinzuweisen. Zwar war er der erste wieder seit dem Freiherrn v. Stein, welcher sich an das Militärcabinet wagte; zwar hat er für diesen Angriff sein Leben auf das Spiel gesetzt; zwar ist Keiner so wie er für die Redefreiheit der Abgeordneten eingetreten — aber er hat für die Verfassung gestimmt und gehört sogar zu den Führern der National-Liberalen. Jedoch dafür wird er ja belohnt. Natürlich, den ersten Lohn hat er bereits empfangen; er besteht in einem Verweise und 100 Thaler Geldstrafe; der zweite Lohn wird 1 Jahr Gefängniß sein und der dritte die Absetzung. Man wird uns einräumen, mehr kann Einer für sein „Renegatenthum“ und seinen „Uebertritt zu den Gouvernementalen“ nicht belohnt werden. Und A. Ruge, Hecker, Ludwig Bamberger, Ed. Reichenbach, Kinkel? Geht doch — wer wird denn diese Männer noch zu den „Entschiedenen“ rechnen? Was hat denn Kinkel gethan? Gewehr im Arm ist er eingetreten für die Einheit und Freiheit Deutschlands, und begeistert für die Ideen des Fortschritts hat er im Kampfe für dieselben Stellung, Familie, Freiheit und Leben geopfert; als Lohn wurde ihm die Begnadigung zur Zuchthausstrafe auf Lebenszeit. Dafür genießt jetzt Kinkel die Ehre, von den „Entschiedenen“ ein „Idealist“ genannt zu werden, „der die Verhältnisse Preußens und Deutschlands nicht mehr kennt.“ Ist denn noch Niemandem aufgefallen, daß gerade der Kern der Demokratie vom Jahre 1848 für die Norddeutsche Verfassung eingetreten ist, während der Mehrzahl nach die Männer des damaligen linken Centrums und des Centrums sich gegen dieselbe erklärt haben? Man vergleiche doch die Namen! Für die Mitglieder der Fortschrittspartei gehörte zehnmal mehr Muth und Entschiedenheit dazu, für die Verfassung „Ja“, als gegen dieselbe „Nein“ zu sagen!“

Zur Situation.

Eine Wiener Korrespondenz der „Allg. Ztg.“ will wissen, daß Frankreich den Gedanken einer Neutralisirung Alsens angeregt habe; derselbe sei in einer nach Berlin gegangenen Depesche Moustier warm empfohlen worden. — Daß das Tuilerienkabinet allerlei plant, und namentlich Oesterreich bewegen möchte, mit französischer Rückendeckung die Ausführung des Prager Friedensvertrags mit derjenigen Auslegung zu verlangen, die man ihm in Paris zu geben beliebt, ist sehr wahrscheinlich. Zu einem direkten Depeschenwechsel mit der preußischen Regierung ist man aber noch nicht gelangt, indem man sich wohl den Folgen, die daraus erwachsen könnten, vorerst nicht gewachsen fühlt. Man wirbt um den moralischen Beistand anderer Mächte, vor Allem des Wiener Kabinets.

— Die Bemühungen der französischen Diplomatie, das Wiener Kabinet zu bestimmten Erklärungen rücksichtlich der von Paris ausgegangenen Annäherungsvorschläge zu bewegen, werden immer dringender und Herr von Beust wird sich endlich entscheiden müssen, denn die bisher beliebte Schaukelpolitik wird sich kaum länger mehr aufrecht erhalten lassen.

— Die Thatsache, daß Frankreich seit einiger Zeit eine innigere Annäherung an Oesterreich sucht, ist unstreitbar. Indessen handelt es sich nicht darum, mit Oesterreich ein Bündniß von aggressivem Carakter abzuschließen; in Wien hat man nur zu gegründete Ursachen, hierzu die Hand nicht zu bieten. Man scheint hier von Oesterreich zu verlangen, daß es auf Erfüllung aller im Prager Friedensvertrage enthaltenen Stipulationen ernstlich dringe und die genaue Ausführung dieses Traktates, sowohl dem Geiste wie dem Buchstaben nach, übernehme. Deshalb wird eine Zusammenkunft zwischen den beiden Kaisern gewünscht, an der jedoch in kompetenten Kreisen noch immer gezweifelt wird.

— Der Wiener „Presse“ geht die Mittheilung zu, daß zwischen Preußen und Rußland ein Schutz- und Trutzbündniß zu Stande gekommen ist. Um den Dritten — Italien — wird noch geworben.

— In der Sitzung des gesetzgebenden Körpers am 16. d. M. erklärte der Staatsminister Rouher, daß die Luxemburger Frage ein Element zur Eintracht zwischen Frankreich und Preußen geworden sei. Frankreich habe Deutschlands Einigung weder zu bedauern, noch zu befürchten; es würde den Weltfrieden nur opfern, wenn seine Ehre und Sicherheit gefährdet werde.

— Die preußische Regierung hat bekanntlich in einer unlängst veröffentlichten Depesche an die dänische Regierung in Betreff Nordschleswigs die Forderung gestellt, die dänische Regierung möge vor der Entscheidung über die etwa Seitens Preußens abzutretenden Districte gewisse Garantien für die Schonung der in diesen Distrikten wohnenden, der deutschen Nationalität angehörigen Bewohner bieten. Wie ein Telegramm der Wiener „Presse“ aus Kopenhagen meldet, ist am 13. Juli die Antwort der dänischen Regierung nach Berlin abgegangen. Die dänische Note verhält sich den preußischen Vorschlägen und Argumenten gegenüber, wie das Telegramm sagt, entschieden ablehnend.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Berlin. Se. Majestät der König empfing am 14. in Ems auf dem Bahnhof den König von Portugal, der im Kurhause übernachten und morgen die Reise nach Paris fortsetzen wird. Das Diner wurde im Kurhause eingenommen. — Der Sultan wird mit seinen drei Söhnen auf der Reise nach Wien am 22. d. im Schlosse zu Koblenz eintreffen, wo ihn Se. Maj. der König empfangen wird.

— Der „Wes.-Ztg.“ bekanntlich ein Blatt, welches die deutsche Politik des Grafen Bismarck bisher sehr unterstützt hat, schreibt über die letzten officiösen Dementis in Betreff der Steuererhöhungen, daß ihr dieselben keineswegs geeignet scheinen, die Besorgniß zu beseitigen. Im Gegentheil. „Weil,“ sagt das Blatt, „die Thüringer, Lipper und Waldecker sich gegen die hohen Anforderungen des Militäretats sträuben, sollen die Preußen für sie, wenigstens theilweise, eintreten und um so viel über ihre Quote zahlen, wie jene kleinen Staaten hinter ihrer Quote zurückbleiben, möglicher Weise auch wohl etwas mehr. Das Mittel, dies zu erreichen, soll bekanntlich in einer ganz außerordentlichen Erhöhung der Tabakssteuer bestehen, von welcher man annimmt, daß sie in höherem Maße auf Preußen drücken wird, als auf die genannten kleineren Staaten. Nähme man dies nicht an, so könnte ja überhaupt nicht von einer Erleichterung der letzteren die Rede sein. Wenn Preußen, wie man uns versichert, kein Deficit zu besorgen hat, gleichwohl aber einige Millionen Thlr. neuer Einnahmen aus der Tabakssteuer aufbringt und in die Bundeskasse einschießt, so ist es klar, daß Preußen diese neu aufgebrachten Millionen den übrigen Bundesstaaten schenkt. Der preußische Raucher wird, wenn diese Finanzpläne die Genehmigung des Parlaments erhalten, für jedes Pfund Tabak, anstatt wie jetzt 3 Groschen 2½ Pf., 3 Groschen Abgabe entrichten müssen, nicht etwa, um seinem Staate eine Einnahme zu verschaffen, sondern um der Verlegenheit der kleinen Finanzministerlein in Mitteldeutschland zu Hilfe

zu kommen. Man muß gestehen, daß die Großmuth der preußischen Steuerzahler, von denen gewiß neun Zehntel rauchen, dadurch auf eine harte Probe gestellt wird. Man hat ihnen früher stets gesagt, wenn sie über ihr hohes Militairbudget wehklagten, das werde ganz anders werden, wenn nur erst die übrigen deutschen Staaten zur Wehrkraft Deutschlands gebührend contribuirten. Es war vielleicht etwas leichtsinnig, ihnen von der Einigung Deutschlands eine finanzielle Erleichterung zu versprechen; politische Fortschritte kosten gewöhnlich Geld, und einsichtige Rechner haben nie recht an eine Heruntersetzung der Militärausgaben geglaubt. Aber nun sollen die Preußen nicht allein für sich eben so viel wie früher zahlen, sondern auch noch für die Andere eine ganz erkleckliche Summe überher. Man wird sich nicht wundern dürfen, wenn diese Zumuthung große Unzufriedenheit erregt und entschiedenen Wiederstand findet. Ein gemeinschaftliches Deficit ist gar nicht vorhanden; ein Deficit existirt nur in einigen Staaten des Bundes, deren Bevölkerung einen geringfügigen Bruchtheil des Bundes bildet. Dies kleine Deficit zu decken, soll eine allgemeine Erhöhung der Steuerlast eintreten. Das Mittel steht außer allem Verhältniß zu dem Zwecke; man haut einen Baum um, um ein kleines Loch zu flicken. Die kleinen Staaten, denen man zu Hilfe kommen will, sind allerdings in einer bedrängten Lage, aber sie sind es doch nur durch eigene Schuld. Sie brauchen nur ihre ganz nutzlose politische Selbstständigkeit aufzugeben, um mit einem Schlage von aller Noth befreit zu sein. In manchen dieser kleinen Staaten wäre auch wohl durch stärkere Heranziehung der Domainen zu helfen, was immerhin recht unbillig sein mag, aber doch bei weitem billiger, als eine Belastnng preußischer Steuerzahler.

— Der „Staats-Anz." schreibt; In No. 63 der Gesetzsammlung ist eine K. Verordnung vom 5. d. publizirt, durch welche die Verwaltnung der in den neu erworbenen Landestheilen vorhandenen, znm Staatseigenthum gehörigen Activkapitalieufonds, soweit sie nicht für spezielle Verwaltungszwecke bestimmt sind, an die Generalstaatskasse in Berlin überwiesen, ferner die Verwaltung und Verwendung der Bestände und der Aufkünfte dieser Fonds unter diejenigen allgemeinen Bestimmungen und Grundsätze gestellt wird, welche überhaupt für die Verwaltung und Verwendung von Staatsgeldern maßgebend sind, und endlich die in Gesetzen und Verordnungen der neu erworbenen Landestheile vorhandenen Bestimmungen, welche dieser Verordnung zuwiderlaufen, aufgehoben werden. Es kommen hierbei hauptsächlich in Betracht: in Hannover der Dominial-Ablösungs- und Veräußerungsfond, in Kurhessen der Staatsschatz und der Landemialfond, in Schleswig-Holstein Capitalbestände, welche aus Verwaltungsüberschüssen der letzten Jahre angesammelt sind, und in Nassau Capitalbestände bei der Domainen-Verwaltung.

— Der Lieutenant v. Scheve ist, wie hiesige Blätter melden, nach der Festung Magdeburg abgeführt worden und wird daselbst die Bestätigung des gegen ihn ergangenen Erkenntnisses abwarten.

Kassel. In der „Hess. Morgenztg." spricht sich Fr. Oetker in einem längeren Artikel gegen die neuen Verordnungen aus. Wir entnehmen demselben Folgendes: „Die Verordnungen und Maßnahmen, wodurch in unsere öffentlichen Interessen und Rechte auf die empfindlichste Weise eingegriffen wird, jagen sich förmlich. Kaum sind die Steuerverordnungen, welche eine bedeutende Vermehrung der Abgaben zur Folge haben werden, in Anwendung gebracht, kaum sind die wichtigsten politischen Strafsachen den hiesigen Gerichten entzogen und vor das Kammergericht in Berlin verwiesen, kaum ist die ganze Gerichtsverfassung und das Verfahren in Civilprozeßsachen in eingreifendster Weise geändert und vielfach verschlechtert worden, da werden wir auch noch mit dem preußischen Wechsel-, Kalender- und Spielkartenstempel und mit der Zeitungssteuer bedacht, da wird die Verwaltung des Staatsschatzes und des nicht minder bedeutenden Laudemialfonds der General-Staatskaasse in Berlin übertragen. . . . . . . Unseres Erachteus darf das Land nicht länger schweigen. Es ist die höchste Zeit, daß endlich geschieht, was längst hätte geschehen sollen und was wir schon im vorigen Jahre wiederholt und wiederholt angeregt haben. Wären die Wünsche und die in letzter Zeit bis zur Unzufriedenheit gesteigerte Mißstimmung im Volke an rechter Stelle genügend kund gegeben worden, vielleicht hätte sich Manches doch doch anders gestaltet, als es jetzt in besorgnißerregender Weise vorliegt. Vor 14 Tagen ist von Kassel aus eine Vorstellnng an den König abgegangen, welche vornehmlich auch den Staatsschatz und dessen Verwaltung und Verwendung zum Gegenstande hat. Wie wir vernehmen, ist an einigen Orten, z. B. im Schaumburgischen, die Staatsschatzfrage schon lebhaft in Betracht gezogen worden; es wäre dringend zu wünschen, daß überall die Ansichten und das Verlangen der Bevölkerung sich in Eingaben an die Minister oder unmittelbar an den König, dessen Gerechtigkeitssinn und Wohlwollen außer Zweifel sind, aussprächen."

Oesterreich.

— Im Unterhause legte am 13. d. M. der Finanzminister in einer dreistündigen, sehr beifällig aufgenommenen Rede die Finanzlage des Reiches von 1860 bis heute dar. Wir haben, sagte er, eine Staatsschuld von 3046 Millionen Gulden und bedürfen an Zinsen jährlich 127, behufs Amortisation 24 Millionen. Wir haben Papiergeld und ein chronisches Deficit. Ist Hoffnung und Aussicht vorhanden, aus dieser traurigen Lage mit Ehren herauszukommen? Nach meiner innersten Ueberzeugung bejahe ich diese Lebensfrage. Der Ausgleich mit Ungarn ist schwierig, wird aber gelingen. — Nachdem der Minister noch betont, wie wenig für die Ausnutzung der Vortheile der Landesautonomie, für die Stenerreforrn u. s. w. geschehen sei, schließt er: Oesterreich hat sich wieder erholt und nach außen Achtung erworben. Die hier im Hause so dringlich betonte Umkehr, die sich so eben vollzieht, wird das ihrige thun.

Frankreich.

— Wenn Ollivier im gesetzgebenden Körper den Ministern Zögerung in der Ausführung der am 19. Januar dekretirten Reformen vorwirft, so ist dies nur zu begründet; die Unvermeidlichkeit einer Ministerverantwortlichkeit würde ohne Zweifel selbst bei dem gegenwärtig herrschenden System allmälig immer mehr hervortreten. Doch erfreut sich vorerst Herr Rouher noch der vollen Gunst des Kaisers. Daß der Staatsminister in der Debatte über die mexikanische Expedition nur die Ideen des Kaisers wiedergegeben, beweisen die Auszeichnungen — ein Denkschreiben und der Diamantstern der Ehrenlegion, den der Kaiser selbst getragen — welche ihm so eben zu Theil wurden; daraus erklärt sich auch die Gemüthsruhe, mit der Rouher die Angriffe Olliviers entgegennahm.

— Der „Moniteur" v. 15. publizirt das kaiserliche Handschreiben, mit welchem der Kaiser dem Staatsminister Rouher das Großkreuz der Ehrenlegion in Diamanten überschickt. Der Kaiser spricht die Hoffnung aus, daß diese freundschaftliche Aufmerksamkeit Rouher die Verdrießlichkeiten seiner Stellung vergessen lassen und ihm die Erfolge und Dienste, welche er Frankreich täglich leiste, ins Gedächtniß rufen werde.

— Die Jury erklärte am 15. d. M. Berezowski, der das Attentat auf den Kaiser Alexander verübte, für schnldig, nahm aber mildernde Umstände an. Berezowski wurde darauf zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilt.

— Die Gerüchte über eine Entlassung Rouher's sind für jetzt jedenfalls unbegründet. Es hat nicht den Anschein, als ob der Kaiser die Absicht hat, den Forderungen des Landes gerecht zu werden. Die „Zeidl. C." schreibt: „Leo erzählt in seiner Geschichte, daß der Kaiser Napoleon I. während der Schlacht von Ligny sich lebhafter mit den damaligen Senats-Debatten, als mit dem Gange der Schlacht beschäftigt habe. Und doch waren diese Debatten für das damalige Kaiserreich kaum bedeutungsvoller, als die jetzigen über die mexicanische Angelegenheit es für das heutige Kaiserreich sind. Die Aeußerung von Jules Favre: In einem freien Lande würde das Ministerium wegen des mexicanischen Unternehmens in Anklage versetzt worden sein, war offenbar an eine höhere Adresse, als diejenige des Staatsministers Rouher gerichtet und in den französischen Regierungskreisen giebt man sich auch über die Tragweite dieses Wortes unzweifelhaft keinen Illusionen hin. Daß man es wagen darf, solche Dinge in Paris öffentlich zu verkündigen, deutet auf die Macht hin, welche die Opposition daselbst bereits gewonnen hat und wir glauben schwerlich, daß der Kaiser Napoleon Neigung verspüri, den Weg der liberalen Concessionen im Sinne von Thiers und Jules Favre zu betreten. Die Versuchung einen Schritt zurück zu thun, dürfte ihm näher liegen. Ob aber dies in diesem Augenblick noch für ihn möglich ist? Wir bezweifeln es eben so sehr, wie wir daran zweifeln, daß ihm ein auswärtiger Krieg zur Zeit erwünscht ist. Deshalb dürfte vielleicht dem Empire zunächst der Gedanke nahe liegen, es mit dem Socialismus zu versuchen."

Großbritannien.

— Die Papiere Maximilians, welche er seiner Zeit nach Europa befördern ließ, sollen sich, wie man der „K. Z." schreibt, im Besitze des Herzogs von Aumale (nicht, wie die „Independance" gemeldet, Louis Blancs) befinden.

Amerika.

— Offiziellen Nachrichten zufolge, wurde Maximilian am 19. Juni erschossen. Juarez schob die Vollstreckung des Urtheils drei Tage auf. Der preußische nnd englische Gesandte hatten energisch gegen die Hinrichtung protestirt und der preußische Vertreter gab Juarez die Zusicherung, daß mehrere gekrönte Häupter Europas garantiren wollten, daß, wofern das Leben des Kaisers geschont werde, er Mexiko auf immer verlasse. Juarez und sein Kabinet erwiederten, die Sicherheit des Landes erfordere die Hinrichtung. Escobedo soll gesagt haben, er werde das Efgenthum aller Imperialisten konfisziren und hoffe vor Beendigung seiner militärischen Laufbahn das Blut jedes Ausländers (?) in Mexiko fließen zu sehen.

Rußland.

— Nach Berichten aus Orenburg vom 12. Juli haben die Russen über das 45,000 Mann starke Heer von Samarkand einen glänzenden Sieg erfochten und das feindliche Lager mit Sturm genommen.

— Die in Warschau (d. 14. Juli) seit ein paar Wochen nicht gerade ausnehmend verbreitete, aber bei den einzelnen damit befallenen Individuen sehr heftig und bösartig auftretende asiatische Cholera hat den Behörden zu eingreifendenden Vorsichtsmaßregeln Veranlassung gegeben, denen es wohl größtentheils zuzuschreiben sein mag, daß die Epidemie in den bisherigen beschränkten Kreis gebannt bleibt, — ja, daß seit einigen Tagen die Erkrankungsfälle nachgerade so selten werden, daß vielfach an ihrem Bestehen überhaupt gezweifelt wird. Doch gehen der „N. Pr. Z." auch aus der Provinz Nachrichten zu, welche die Existenz der Krankheit im Lande bestätigen; so sind namentlich in Plock (18,000 Einw.) vom 16. v. M. bis zum 2. Juli 80 Personen erkrankt, von denen 28 gestorben. — Die unablässige Regenzeit hat nunmehr ihre Wirkung bereits bekundet. Seit gestern Abend ist der Weichselstrom zu einer schon lange nicht gesehenen Höhe angeschwellt; noch gestern betrug die letztere kaum 5 Fuß, heute zählt sie schon über 18½ und das Wasser ist noch immer im Steigen. Sämmtliche Weichselniederungen sind überschwemmt, von den Eindammungen bei Warschau ist keine Spur zu bemerken, die zunächst liegenden Straßen sind nur unter Wasser gesetzt, und die zahlreichen Balken, Boote und allerhand Gegenstände häuslicher Einrichtung, welche die gewaltsam brausende Strömung mit sich fortreißt, zeugen von dem Unglücke, mit welchem das Element schon die Bewohner der Weichselniederungen zwischen Krakau und hier heimgesucht hat, und denen natürlich auch die bis zur Mündung ausgesetzt sind.

Provinzielles.

△ Flatow, den 16. Juli. Vor mehreren Tagen wurden die alten Glocken der evangelischen Kirche durch 3 neue Stahlglocken ersetzt.

Gut situirte hiesige Bewohner haben ansehnliche Summen hiezu gezeichnet, wodurch der Kauf nur ermöglicht wurde. Obschon die Glocken einen recht angenehmen Klang haben, werden sie doch von den herrlichen Glocken der katholischen Kirche, welche im Jahre 1664 angeschafft wurden, übertroffen.

Seit einer langen Reihe von Jahren benutzte der hiesige Gerichtshof die Räume des Palais Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Karl. (Sr. Königl. Hoheit besitzt in unserer Gegend die Herrschaften Flatow und Krojanke.)

Im Frühjahr a. pr. wurde der Grundstein zum neuen prächtigen Gerichtsgebäude gelegt, das in diesem Herbste seiner Vollendung entgegengeht. Herr Baumeister Fallentin aus Friedland hat den Bau übernommen und erhält für qu. Gerichtsgebäude nebst Custodie die Summe von 34,000 Thaler.

Wenngleich unsere Stadt von allen Seiten von Seen umkränzt ist, so sind dennoch Fische eine Rarität für uns, seitdem alle Seen an die Hand eines Einzigen übergegangen sind. Die kleinen Fische werden wieder in's Wasser gesetzt und die großen werden meilenweit versendet.

Der Roggen kostet in Flatow 2 Thaler 27 Sgr. bis 3 Thlr., die Kartoffeln (pro Scheffel) 1 Thlr. 3 Sgr.

Der gestrige Markt in Pr. Friedland war zahlbesucht; für Pferde und Kühe wurden hohe Preise gezahlt. Ein starker Gewitterregen zerstreute jedoch das Publikum.

Verschiedenes.

— **Wie ein preußischer Volksschullehrer über die deutsche Nationalliteratur zu denken hat.** Dr. Friedrich Joachim Günther, erster Lehrer am K. evangelischen Schullehrer-Seminar zu Barby (Prov. Sachsen), hat ein deutsches Schulbuch für Volksschullehrer und Seminaristen" verfaßt und denselben auch einen kurzen Abriß der deutschen Literaturgeschichte (seit Luther) einverleibt. Es heißt darin von dem „freigeisterischen" Gotthold (warum nicht Gottunhold?) Ephraim Lessing n. A.: derselbe habe durch seine Streitschriften gegen den Hauptpastor Götze „Beifall bei allen Ungläubigen gefunden und viel Unheil angerichtet, es aber noch ärger gemacht, als er die Poesie zu Hilfe nahm und das poetisch vortreffliche (also doch!), aber religiös boshafte (sic!) Tendenzstück „Nathan der Weise" dichtete, wodurch er dem Christenthum in den Herzen seiner Zeitgenossen die Lebenswurzeln zerschnitt" 2c. Von Göthe weiß Dr. Günther den Volksschullehrern u. A. zu erzählen, daß er „das schwer verständliche Drama „Faust" geschrieben und als Dichter der Vornehmen bewundert, vom Volke wenig gekannt" sei. Und Schiller? „Ein Volkslehrer durch das Schöne, wie keiner vor und neben ihm, geliebt und geehrt von dem Volke, vornehmlich von der Jugend und den Frauen" — „obgleich von der vollen Erkenntniß des christlichen Heils fern bleibend!"

Lokales.

— **Zu den Reichstagswahlen.** Nach einer zuverlässigen Mittheilung aus Culm hat daselbst am 13. d. eine vertrauliche Besprechung betreffs der bevorstehenden besagten Wahl stattgefunden, bei welcher alle deuschen liberalen Fraktionen des Kreises Culm durch Vertrauensmänner vertreten waren. Man war darin einverstanden, Herrn Justizrath Dr. Meyer als Kandidaten aufzustellen, und zwar in einer Wähler-Versammlung, welche nach Culm auf den 27. d. M. zur Wahl eines definitiven Wahl-Comite's einberufen wird. Es steht auch mit Sicherheit zu erwarten, daß die Konservativen mit den Liberalen bei der Wahl zusammengehen werden, da eine Zersplitterung den polnischen Wählern gegenüber, welche lebhaft agitiren, diesen, obschon sie die numerisch schwächere Partei sind, zum Wahlsiege verhelfen würde.

In Culm fand auch am 13. d. unter dem Vorsitz des Herrn v. Slaski-Trzebcz eine Versammlung polnischer Wähler statt, welche sich einstimmig für die Betheiligung an den Wahlen, dieselbe als eine heilige Pflicht erachtend, erklärte. Zu Vertretern der Stadt und des Kreises Culm behufs Wahl eines Central-Wahl-Comite's in Culm für Westpreußen wurden gewählt die Herren: v. Slaski-Trzebcz, Ign. Danielewski und Bolesl. v Chotomski.

— **Handelskammer.** Jahresbericht p. 1866. (Fortsetzung.) Aus dem ersten Theil des Berichts, welcher die gutachtlichen Aeußerungen, Anträge und Wünsche der Handelskammer im v. J. mittheilt, heben wir folgenden Passus hervor, weil derselbe ein mehrjähriges Bedürfniß des Han-

delsverkehrs unseres Platzes mit Danzig zur Sprache bringt, dessen Abstellung betreffenden Orts wiederholt, aber bis jetzt ohne Erfolg, nachgesucht worden ist:

„Die Bahn-Verbindung unseres Platzes mit Danzig liegt noch immer sehr ungünstig. Während wir von hier Berlin (55 Meilen) mit dem Personenzuge in 10 Stunden 46 Minuten, — mit dem Courierzuge in 8 Stunden 19 Minuten — erreichen können, gebraucht man um die 27,67 Meilen nach Danzig zurückzulegen resp. 10 St. 2 M. und 6 St. 36 M. Mit Rücksicht hierauf haben wir früherhin die Königl. Direktion der Ostbahn ersucht für eine günstigere Verbindung zwischen hier und Danzig Sorge zu tragen. Wenn die zeitige, rasche Verbindung zwischen hier und Berlin, wie wünschenswerth, bestehen bleiben soll, so läßt sich der vorberegte Zweck nicht durch eine Aenderung der bestehenden Züge, sondern nur durch Einlage eines Zwischenzuges erreichen, der sich jetzt, wie es den Anschein hat, auf einer so bedeutenden Straße, wie die von Warschau über Thorn nach Danzig ist, rentiren dürfte."

Aus dem zweiten Theil des Berichts über die Verhältnisse der einzelnen Geschäftsbranchen im v. J. wird zunächst ersichtlich, daß in den sechs ersten Monaten 1866 durch die Geldkrisis und die Kriegsereignisse, wie schon in der Einleitung erwähnt, sämmtliche Geschäftszweige mehr oder minder litten und eine Wendung zum Bessern in Wirkung des Friedensschlusses eintrat.

In Nachfolgendem werden wir die bedeutendsten Erscheinungen bei den einzelnen Handelszweigen mittheilen.

„Dem Getreidehandel des hiesigen Platzes, der durch die Ausbildung des Kreis-Chaussee-Netzes und mittelst der Warschau-Bromberger Bahn seine Verbindungen und Getreidebeziehungen nach dem Hinterlande unseres Platzes in Preußen und Polen immer weiter ausdehnen kann und ausdehnt, fehlt, um zu seiner vollständigen Bedeutung zu gelangen:

1) Ein Winterhafen hierorts zur Bergung, resp. Befrachtung der Kähne während des Winters; —
2) die Ausführung der projektirten und höheren, maßgebenden Orts als eine Haupt-Verkehrs- und Handelsstraße anerkannten Eisenbahnlinie Insterburg—Thorn—Posen—Guben—Halle.

Die Ausführung dieser Linie würde einerseits die Getreidebeziehungen unseres Platzes erheblich ausdehnen, indem sie den Getreidehandel desselben mit den oberländischen Seeen und ihrem Kanalsystem in Verbindung bringen würde. Anderseits würde diese Kommunikation unseren Platz in die Lage versetzen, den Ueberschuß an Getreide, Holz, Vieh, Wolle, Spiritus, Mehlfabrikaten, Oelfrüchten, Oel, Leinsamen auf direktem Wege und ohne die Zwischenkosten, welche durch die Berliner Vermittelung entstehen, den Verbrauchsgegenden in Schlesien, Sachsen, der Lausitz und Thüringen zuzuführen.

Aber nicht blos der Getreidehandel Thorn's würde sich durch diese Eisenbahn heben, sondern der gesammte Handel unserer Stadt, welche den Kreuzungspunkt der Bahnen Warschau—Bromberg und Insterburg—Thorn—Posen bilden würde, sowie die Industrie unserer Gegend würde in eine neue Aera treten. Vermitteln würde unser Platz den Austausch der Fabrikate der vorgenannten industriellen Gegenden mit dem landwirthschaftlichen Produktenreichthum Preußens und Polens. Der leichtere Bezug der Kohlen, des Kalks und des Eisens auf kürzestem Wege aus Schlesien würde eine große Industrie, besonders auf landwirthschaftlichem Gebiete, namentlich die Zucker-, Oel- und Spiritus-Fabrikation außerordentlich fördern." (Fortsetzung folgt.)

— **Handwerkerverein.** Die General-Versammlung, welche morgen, Donnerstag den 18., behufs Wahl von Delegirten zur Beschickung der Pariser Weltausstellung statthaben sollte, ist aufgeschoben worden.

— **Musikalisches.** Der Komiker und Tenorsänger Herr Eickermann vom Hoftheater zu Neu-Strelitz beabsichtigt am Sonnabend, den 20. d. M., auf seiner Durchreise nach Warschau, woselbst Genannter am deutschen Theater engagirt ist, mit der hiesigen Regiments-Kapelle im Schlesinger'schen Garten ein Konzert zu geben, dessen Besuch wir dem Publikum angelegentlichst empfehlen.

— **Eisenbahn-Angelegenheiten.** Einem beachtenswerthen Gerücht zufolge, dessen Bestätigung abzuwarten ist, soll die Staatsregierung die Absicht haben, das Projekt einer Eisenbahn Terespol—Graudenz—Dtsch. Eylau—Insterburg fallen zu lassen und dafür eine Eisenbahn Schlobitten—Insterburg zu bauen. Ebenso fraglich soll es sein, ob die Staatsregierung Etwas zur Ausführung der Eisenbahnlinie Thorn-Insterburg direkt thun werde. Beanstandet werden sowohl die erstgenannte, wie die letztgenannte Linie, weil sie den Bau einer Weichselbrücke bedingen.

— **Ostbahn.** Einem on-dit zufolge stehen auf dieser Bahn neue Verkehrserleichterungen in Aussicht; welcher Art dieselben sein werden, ist noch nicht bekannt.

— **Schulwesen.** (Schluß.) Die Kosten für den Schulunterricht eines Mädchens mit allen Nebenausgaben zeigt folgende Uebersicht für die höhere, Mittel- und Elementarschule:

	i. d. höh. Töch.	i. d. Mittel.	i. d. Elem.
Schulgeld	138 Thlr.	$28\frac{4}{5}$ Thlr.	$10\frac{1}{5}$ Thlr.
Turngeld	10 „	3 „	$1\frac{1}{5}$ „
Bibliotheksgeld	12 „	$1\frac{1}{5}$ „	—
Schulbücher	12 „	3 „	$\frac{1}{5}$ „
Tafeln, Hefte 2c.	5 „	2 „	$\frac{4}{5}$ „
Gesammtausgabe	177 „	38 „	13 „
Dauer des Schulbesuchs . .	10 Jahre,	8 Jahre,	8 Jahre.
Nöthig sind .	15 Bücher,	4 Bücher,	2 Bücher.

ungerechnet die verschiedenen Religionsbücher.

Die höchste Summe, deren eine Schulerin zu ihrer vollständigen Ausbildung bedarf, findet sich unter allen Städten Norddeutschlands in Frankfurt a. M., wo das bloße Schulgeld 40 Thlr. in jeder Klasse, binnen 10 Jahren also 400 Thlr.; die Ausgabe für alle sonstigen Hilfsmittel des Unterrichts aber nach Analogie unserer Thorner Ortsverhältnisse mindestens 70—80 Thlr. beträgt. Dort kostet mithin die Erziehung zweier Töchter auf der städtischen höheren Töchterschule ca. 1000 Thlr. oder im Durchschnitt für jede Tochter 100 Thlr. jährlich; also sechsmal mehr als in Thorn, welches doch schon für eine sehr theure Stadt in Norddeutschland gilt.

Der Durchschnitt in Thorn war (s. o.) 17 Thlr. jährlich. Unfern Frankfurt, in Hahneburg (der ehemals nassauischen Amtsstadt), findet sich das wohlfeile Schulgeld von 8 Thlr. In der Stadt Hannover sind 3 Schulen zugleich mit den Durchschnittsstufen von 6, $13\frac{3}{7}$ und 22 Thlr. das Jahr. — Die eigentliche Skala in ganz Norddeutschland aber fällt von 40, 36, $34\frac{2}{5}$, 32, 30 (zweimal), u. s. w. herab bis auf $7\frac{5}{6}$, $7\frac{1}{2}$, 4 (zweimal) und 3. (?) —

Am häufigsten sind die Zahlen: 16 und 18 jährliches Schulgeld. Beide Zahlen finden wir neunmal, 12 Thlr. achtmal und viermal die Sätze 10, 20, 24 Thlr. Der Durchschnitt aber würde $14\frac{1}{2}$ ungefähr als Normal-Schulgeld für die norddeutschen höheren Töchterschulen aufweisen — mithin als regelmäßige Ausgabe für Mädchenbildung innerhalb eines 10jährigen Cursus vom 6. bis 16. Lebensjahre eine Summe von ca. $143\frac{1}{3}$ Thlr. anzusehen sei.

Danach überstiege Thorn den Durchschnitts Kostenanschlag keineswegs, oder mit anderen Worten: Das Schulgeld für die höh. Töchterschule hieselbst ist noch keineswegs bedeutend, — zumal im Verhältniß zum sonstigen theuren Lebensunterhalt. † †

— **Die Weichsel** zieht jetzt am Tage, aber besonders in den abendlichen Freistunden eine große schaulustige Menge an das diesseitige Ufer. In der That, die breite Wasserfläche des rauschenden und reißend schnell dahin fließenden Stromes gewährt ein imponirend schönes Bild, dessen Genuß freilich der Gedanke an den in den Niederungsortschaften vollständig zerstörten reichen Erntesegen aufhebt.

Viel macht die Leiche des Mannes von sich reden, welche am Montag, wie schon erwähnt, aus dem Strom gezogen worden ist. Ueber die persönlichen Verhältnisse desselben ist noch Nichts ermittelt. Dieses Dunkel mag zunächst zu dem Verdachte, der Verunglückte wäre eines gewaltsamen Todes gestorben, Veranlassung gegeben haben. Freilich wird diese Ansicht noch anderweitig unterstützt. Die Kleidungsstücke, welche sich bei der Leiche noch vorfanden, bekundeten, daß ihr Inhaber nicht dem Arbeiterstande angehörte, sondern in besseren Verhältnissen gelebt haben muß. Dafür sprechen ferner eine Reihe künstlicher Zähne, ein Lorgnon, ein goldeingefaßtes, mit dem Namen „Luciani" versehenes Medaillon ein schwarzes Kreuz; wahrlscheinlich war der haarlose Kopf auch mit einer Perrücke bekleidet gewesen. Hiezu kommt noch, daß die rechte Hand verletzt war. Eine Uhr, eine Börse u. dergl. wurde — was auffällig ist — bei der Leiche nicht gefunden. Daß diese Momente jenen Verdacht unterstützen können, ist wohl erklärlich, — aber gerichtlicherseits ist der Leichnam untersucht, Spuren, welche auf eine gewaltsame Tödtung schließen lassen, wurden nicht vorgefunden und daher die Beerdigung der Leiche angeordnet.

— **Wasserstand der Weichsel.** Beim Schluß des Blattes am Pegel 19 Fuß 5 Zoll; das Wasser befindet sich im Stillstand.

— **Industrielles.** Dieser Tage hatten wir die Gelegenheit, eine Tischlerarbeit zu sehen, die der öffentlichen Erwähnung werth ist. Der Lehrling des Tischlermeisters Herrn Tetzlaff, Namens Ferd. Kablitz, ein geborner Thorner und früherer Zögling des Armenhauses, hat zur Prüfung ein Gesellenstück angefertigt, dessen sich kein Geselle bei der Meisterprüfung zu schämen hätte. Dasselbe ist ein eschen-fournirter Schreibsekretär, der bezüglich der inneren Einrichtung, der Form, der Sauberkeit der Politur, der geschmackvollen Zusammenstellung der Fournir-Platten und der Akkuratesse der Arbeit die vollste Anerkennung verdient. Schließlich bemerken wir noch, daß es Herrn Tetzlaff eine Freude gewährt, Liebhabern derartiger Arbeiten besagte tüchtige Leistung seines Lehrlings zu zeigen.

— **Polizeibericht.** Vom 1. bis 15. Juli sind 12 Diebstähle zur Feststellung gekommen.

14 Bettler, 26 Dirnen, 8 Ruhestörer, 16 Obdachslose und 14 Legitimationslose sind zur Haft gekommen.

381 Fremde sind angemeldet.

— **Berichtigung.** Beim Zusammenstellen der vor. Num. ist die letzte Zeile der Lokal-Notiz „Handwerkerverein" als fünfte Zeile in die Lokal-Notiz „Zur Freiligraths-Dotation" aufgenommen worden. Wir bitten das Versehen entschuldigen zu wollen. Die Redaktion.

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch-Papier 19 pCt. Russisch-Papier $18\frac{1}{2}$—19 pCt. Klein-Courant 21 pCt. Groß-Courant 10 pCt. Alte Silberrubel 8 pCt. Neue Silberrubel 5—6 pCt. Alte Kopeken 10—12 pCt. Neue Kopeken 15 pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 16. Juli. Temp. Wärme 13 Grad. Luftdruck 28 Zoll — Strich. Wasserstand 17 Fuß 3 Zoll.

Den 17. Juli. Temp. Wärme 11 Grad. Luftdruck 28 Zoll — Strich. Wasserstand 19 Fuß $3\frac{1}{2}$ Zoll.

Pariser Ausstellung.

Für seine Dampf-Chocoladen-Brustbonbons und Zuckerwaaren ist dem hiesigen Fabrikanten Franz Stollwerck auch in diesem Jahre die Preis-Medaille zuerkannt worden!

Diese Auszeichnung ist um so ehrender, als die Erzeugnisse gleicher Branche aus allen Ländern, darunter von etwa vierzig der bedeutendsten Pariser Häuser, mit einander concurrirten und es die einzige Medaille ist, welche hierfür auf ganz Preußen fällt.

Besonders wird die Vielseitigkeit der Fabrication, wie sie wohl keines der vertretenen Häuser aufzuweisen hat, so wie die vorzügliche Arbeit und Preiswürdigkeit der ausgestellten Waaren selbst Seitens der französischen Concurrenz auf das lobendste anerkannt.

Obige Thatsachen dürften wohl geeignet sein, die in Deutschland noch vielseitig wurzelnden Scrupel, daß nur Paris Vorzügliches in Chocoladen und Confituren liefern könne, zu beseitigen, um so mehr als der Verkauf der Stollwerck'schen Fabrikate in der Ausstellung selbst ein ganz bedeutender ist.

Die vor kaum einem Jahre dem Betriebe übergebene neue größere Fabrik des Herrn Stollwerck vermag die einlaufenden Aufträge nicht zu bewältigen, und steht derselbe im Begriffe, ein größeres Etablissement zu errichten, wozu bereits die neuesten und vorzüglichsten in der Pariser Ausstellung befindlichen Maschinen acquirirt sind.

(Kölnische Zeitung, 10. Juli Nr. 189, Zweites Blatt).

Inserate.

Bekanntmachung.

Nachstehenden Ministerial-Erlaß:

Auf Grund der §§ 10 und 15 des Wahlgesetzes für den Reichstag des Norddeutschen Bundes vom 15. Oktober 1866 und gemäß § 2 des dazu ergangenen Reglements vom 1. Juli 1867 setze ich für den ganzen Umfang des Staats den Tag, an welchem die Auslegung der Wählerlisten zu den bevorstehenden Wahlen für die erste Legislaturperiode des Reichstages zu beginnen hat

auf den 20. Juli d. J.

hierdurch fest.

Die Bestimmung des Wahltages bleibt vorbehalten.

Berlin, den 9. Juli 1867.

Der Minister des Innern.
Im Auftrage
(gez.) **v. Klützow.**

bringen wir hierdurch mit dem Bemerken zur Kenntniß, daß die aufgestellten Wählerlisten **vom 20. Juli cr. ab 8 Tage hindurch und zwar bis einschließlich den 27. Juli cr. im Rathhause in unserer Calculatur während der Dienststunden** zu Jedermanns Einsicht ausliegen werden.

Einwendungen gegen die Richtigkeit der gedachten Wählerlisten können während des angegebenen Zeitraums entweder bei dem unterzeichneten Magistrat schriftlich angebracht oder bei dem Calculator Herrn **Müller** zu Protokoll gegeben werden, wobei bemerkt wird, daß die etwaigen Behauptungen über die Unrichtigkeit der Listen, wenn solche nicht auf Notorität beruhen, durch gleich beizubringende Beweismittel begründet werden müssen.

Nach Ablauf des vorgedachten Termins erfolgt der Schluß der Wählerlisten und können dann weder Personen darin nachgetragen, noch Einwendungen berücksichtigt werden.

Thorn, den 16. Juli 1867.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Der Abbruch des zu dem Artusstift gehörigen Hinterhauses Nr. 181 Altstadt soll in dem am

Montag, den 22. Juli d. J.
Nachmittags 5 Uhr

in unserem Secretariat anstehenden Licitations-Termine an den Meistbietenden verdungen werden.

Die Licitations-Bedingungen sind in unserer Registratur einzusehen.

Thorn, den 12. Juli 1867.

Der Magistrat.

Nachstehende

Polizeiliche-Verordnung:

Auf Grund des § 5 des Gesetzes vom 11. März 1850 verordnen wir nach Anhörung der Sanitätscommission und der Gemeindeverwaltung für unsern Polizeibezirk, was folgt:

§ 1.

Jeder Besitzer eines Wohnhauses ist verpflichtet a. für die Anlage einer nach der Größe desselben zu bemessenden Zahl von Abtritten, worunter auch Nachtstühle, water-closets und dergleichen verstanden werden, b. für deren stete Reinhaltung, c. für die rechtzeitige Abfuhr des Cloacs aus denselben einzustehen, und die Benutzung eines Abtritts jedem Hausbewohner zugänglich zu machen.

§ 2.

Jeder Abtritt sei er unbeweglich oder beweglich, ist an angemessenem Orte, an welchem die Ausdünstung den Bewohnern am wenigsten schädlich oder auch nur lästig wird aufzustellen, und dergestalt einzurichten, daß er von allen Seiten mit dichten Wänden umgeben ist.

Die Oeffnung eines jeden Abtritts ist mit einem dicht schließenden Deckel zu versehen und beim Nichtgebrauch verschlossen zu halten.

§ 3.

Auch Dunggruben, Dung- und Abfallstätten sind **innerhalb der Ringmauern** der Stadt nur in abgeschlossenen und bedachten Räumen gestattet und deren Ueberfüllung durch rechtzeitige Abfuhr vorzubeugen.

§ 4.

Die Verpflichtung der Hausbesitzer zu § 1 b. 2 und 3 erstreckt sich auch auf die Miether, insoweit ihnen vertragsmäßig die Disposition zusteht.

§ 5.

Die Art der Ausführung setzt erforderlichen Falls die Polizeibehörde fest; außerdem wird die Nichteinhaltung vorgedachter Vorschriften mit einer Geldstrafe bis drei Thaler, im Unvermögensfalle mit Gefängniß nach Verhältniß geahndet.

Thorn, den 21. Juni 1866.

wird hierdurch in Erinnerung gebracht.

Thorn, den 15. Juli 1867.

Der Magistrat, Polizei-Verwaltung.

Nach langem schweren Leiden entschlief im Gottvertrauen, heute 6 Uhr Abends unsere liebe Frau, Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Urgroßmutter **Marie Bannach** geb. **Lischke**, welches wir Verwandten und Bekannten tiefbetrübt anzeigen.

Thorn, den 16. Juli 1867.

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Freitag 4 Uhr Nachmittag statt.



Das diesjährige **Königschießen** findet am 24., 25. und 26. d. Mts. statt. Die Probirtage sind am 18. u. 19. d. Mts.

An den beiden ersten Tagen des Königschießens ist von Nachmittags 5 Uhr ab

CONCERT

im Schützengarten, welcher des Abends illuminirt wird. Entree pro Person $1\frac{1}{2}$ Sgr.

Am letzten Tage des Königschießens, Freitag, den 26. d. Mts. von Nachmittag 1 Uhr ab, ist der Zutritt in den Garten, der Schießhalle und im Saal nur den Schützenbrüdern, Ehrenmitgliedern, den zugehörigen Familien und den vom Vorstande eingeladenen Gästen gestattet.

Thorn, den 16. Juli 1867.

Der Vorstand der Friedrich-Wilhelm-Schützen-Brüderschaft.

Vom Lande in meine Wohnung, Brückenstraße Nr. 11 zurückgekehrt, bin ich des Morgens bis 10 Uhr, Nachmittags von 1—3 Uhr zu sprechen.

Lampe,
Kreis Wundarzt.

Bäckerstraße Nr. 253. 1 Wohnung zu vermiethen.

Für Auswanderer und Reisende.

Der Unterzeichnete expedirt jeden 1. und 15. des Monats

ab Hamburg und Bremen

nach **Newyork, Baltimore, Neworleans, Galveston und Australien, direct**

— nicht über England —

Auswanderer und Reisende vermittelst der seetüchtigsten dreimastigen Segelschiffe unter Leitung der zuverlässigsten deutschen Capitaine.

Ebenso befördere ununterbrochen jeden Sonnabend durch die elegant eingerichteten **Postdampfschiffe ab Hamburg** und **Bremen** Cajüts- und Zwischendecks Passagiere.

Auf portofreie Anfragen ertheile bereitwilligst jede beliebige Auskunft.

H. C. Platzmann in Berlin, Louisenstraße No. 2.

Königl. Preuß. concessionirter General-Agent für den Umfang des ganzen Staats.

Herr Dr. med. Rud. Weinberger prakt. Arzt und Mitglied der medicinischen Fakultät in Wien,

äußert sich in seiner im Jahre 1863 verfaßten Broschüre: „**Die Krankheiten der Athmungsorgane**"*), ihre Erkenntniß und Behandlung mit dem **weißen Brust-Syrup** von Herrn **G. A. W. Mayer** in Breslau," in der Vorrede wie folgt: „In den nachfolgenden Blättern übergebe ich dem nichtärztlichen Publikum eine auf vielseitige Erfahrung begründete Abhandlung über den in einer großen Anzahl von Fällen sich als heilkräftig bewährten **weißen Brust-Syrup** aus der Fabrik von Herrn **G. A. W. Mayer** in Breslau, gegen eine Reihe von **Brustkrankheiten**. Die große Verbreitung dieser Krankheit unter dem Menschengeschlechte, **sowie ihre große Verderblichkeit** rechtfertigen es wohl, daß der Verfasser, sonst ein Gegner aller angepriesenen Mittel, dem Grundsatze huldigend: „**Prüfet Alles und behaltet das Beste!**" sich veranlaßt gesehen hat, nachdem ihm von Herrn Mayer die Bestandtheile und die Zusammensetzung des **weißen Brust-Syrups** mitgetheilt worden waren, und er sich dadurch von der **Unschädlichkeit** der Komposition überzeugt hatte, diesen Syrup bei einer ziemlich bedeutenden Anzahl von Brustkranken zu versuchen. **Die günstigsten und oft wahrhaft überraschendsten Erfolge,** welche ich mit demselben zu erfahren Gelegenheit hatte, bestimmte mich u. s. w."

Niederlage des allein ächten **weißen Brust-Syrups**, fabricirt vom Erfinder Herrn **G. A. W. Mayer** in Breslau für Thorn Herr **Friedrich Schulz**; für Culm Herr **Carl Brandt**; für Strasburg Herr **C. A. Kœhler.**

*) Bei Gustav Brauns in Leipzig erschienen und zu beziehen durch jede Buchhandlung.

Königl. Preuß. Staats-Lotterieloose

zur bevorstehenden 2. Klasse den 6. August für neu eintretende Spieler

	1/1	1/2	1/4	1/8
für	$36\frac{2}{3}$ Thlr.	$18\frac{1}{3}$ Thlr.	$9\frac{1}{6}$ Thlr.	$4\frac{1}{3}$ Thlr.

1/16	1/32	1/64
$2\frac{1}{3}$ Thlr.	$1\frac{1}{3}$ Thlr.	20 Sgr.

verkauft und versendet, **alles auf gedruckten Antheilscheinen**, gegen Postvorschuß oder Einsendung des Betrages

die Staats-Effecten Handlung von

M. Meyer, in Stettin.

NB. Die großen Treffer, welche wiederholentlich in mein Debit fielen, veröffentlichte zur 1. Klasse dieser Lotterie.

In allen Buchhandlungen ist zu haben, in Thorn bei **Ernst Lambeck**:

Kaserne und Wachtstube.

Heitere Garnisons-Geschichten
von
Ew. Aug. König.

Preis nur $7\frac{1}{2}$ Sgr.

Anziehende Humoresken in Hackländers Manier, lebensfrisch, heiter und pikant, schildert dies Bändchen den schauderhaft famosen Lieutenant, den verteufelt grimmigen Major, den lustigen Compagnie-Schneider und alle Originale des Garnisonlebens mit unwiderstehlichem Humor in fesselnden Bildern, so daß den Militairs und deren Freunden dies Büchlein die angenehmste Erheiterung schaffen wird.

Verlag von Ad. Spaarmann in Düsseldorf und Oberhausen.

Matjes-Heeringe

vorzüglich schön empfiehlt **Friedr. Zeidler.**

Matjes-Heeringe

à 6 und 8 Pf. bei **L. Sichtau.**

Dachpappen

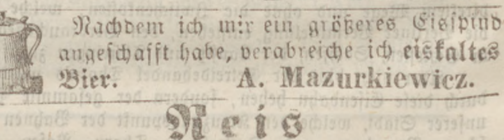
bester Qualität empfiehlt billigst **M. Schirmer.**

Eine im Putzfach geübte **Direktrice**, gegenwärtig in Elbing, wünscht anderweitig engagirt zu werden. Näheres in d. Exped. d. Blattes unter Nr. 1400.

Ein möblirtes Zimmer mit Kabinet ist zu vermiethen Neustadt 66 Mineralwasser-fabrik

Briefbogen

mit der Ansicht von Thorn, neue Aufnahme, zu haben bei **Ernst Lambeck.**



Nachdem ich mir ein größeres Eisspind angeschafft habe, verabreiche ich eiskaltes **Bier.** **A. Mazurkiewicz.**

Reis

à 2 Sgr. pro Pfd. empfiehlt **Friedr. Zeidler.**

Chamottsteine, Gypsrohr, gebr. Gyps, alle Sorten **Drahtnägel** offerirt **Carl Spiller.**

Land- und Salonfeuerwerk

reiche Auswahl vorräthig in der Droguenhandlung von **C. W. Spiller.**

Gutes Wagenfett

in jeder Packung à 5 Thlr. pro Ctr. offerirt **Carl Spiller.**

Ich warne hiermit Jedermann meine Frau **Marie Neumann** geb. **Norazki** aufzunehmen, da sich dieselbe ohne mein Wissen und Willen mit Geld u. Sachen von mir entfernt hat. Wer mir den Aufenthalt derselben angiebt, bin ich zu Dank verpflichtet.

Thorn, den 17. Juli 1867.

W. Neumann.

Bis zum 1. August ist meine Wohnung wegen einer Familien-Reise geschlossen.

Kresse.

Vorzüglichen **Gebirgskalk** aus den Oefen der Ochsetzer Kalkbrennerei-Gesellschaft pro 30 To. 48 Thlr. pro Tonne 28 Sgr. **Carl Spiller.**

Veilchen-, Rosen- u. Honig-Seife 3 St. à 5 Sgr. die beliebte Abfallseife, Moschusseife so wie andere feine Seifen und Parfümerien empfiehlt die Droguenhandlung von **C. W. Spiller.**

Eine Wohnung von 4 Stuben, Küche rc. ist vom 1. Oktober ab bei mir zu vermiethen. **v. Paris.**

Neust. Gerechtestr. 95 sind Wohnungen von 2, 3. u. 4 Stuben nebst Zubehör, auch ein geräumiger Laden mit Wohnung zu vermiethen.

In dem dem Herrn **Duschinski** gehörigen an der Breiten- u. Seeglerstraße belegenen Eckhause ist die Bell-Etage zum 1. Oktober cr. zu vermiethen. Näheres beim Glasermeister **Orth.**

Veränderungswegen zu vermiethen Stube nebst Kabinet Gr. Gerberstr. Nr. 277 Neustadt.

Verantwortlicher Redakteur **Ernst Lambeck.** — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von **Ernst Lambeck.**